

## BERICHTE

LUKAS RÖLLI

### »Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB« – Politische Bildung auf der Grundlage sozialetischer Wertorientierung

#### I. EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Im Weiterbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland nimmt politische Bildung einen besonderen Rang ein. Dies hängt unter anderem mit dem Bewußtsein für den Wert demokratischer Gesinnung und für deren Gefährdung zusammen, das sich in diesem Land nach den Erfahrungen zweier Diktaturen herausgebildet hat. Die hohe Wertschätzung für politische Bildung drückt sich nicht zuletzt in deren Förderung auf allen staatlichen Ebenen aus. Durch die Aktivitäten der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung leisten Bund und Länder einen eigenen Beitrag zur politischen Bildung. Daneben unterstützt der Staat außerschulische politische Bildung subsidiär im Rahmen eines Systems pluraler Trägerstrukturen. Veranstaltungen von freien Trägern werden durch die Bundeszentrale, einige Landeszentralen für politische Bildung und im Rahmen von Erwachsenenbildungsgesetzen der Länder staatlich gefördert. Im Kinder- und Jugendplan des Bundes gibt es ein eigenes Programm für politische Bildung.

In der katholischen Jugend- und Erwachsenenbildung spielt politische Bildung seit jeher eine wichtige Rolle. Seit 1952 arbeiten katholische Bildungseinrichtungen, die sich besonders intensiv um die außerschulische politische Bildung bemühen, in der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) zusammen. Heute sind in der AKSB 70 Bildungseinrichtungen und Verbände zusammengeschlossen. Die AKSB ist im katholischen Deutschland *die* Fachorganisation für politische Bildung. Als solche ist sie Mitglied in der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) ebenso wie im Arbeitsausschuß für politische Bildung (AapB), in dem alle auf Bundesebene relevanten Träger der politischen Bildung in Deutschland zusammenarbeiten.

Nach einem dreijährigen Diskussionsprozeß über das Profil ihrer Arbeit haben die Mitglieder der AKSB am 26. November 1998 in Trier eine »Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung in der AKSB« verabschiedet. Die Konvention dient dazu, das spezifische Gesicht katholisch-sozial orientierter politischer Bildung in der heutigen Zeit zu verdeutlichen. Die konsequente Ausrichtung der Konvention an den Werten der christlichen Sozialethik macht sie über den Bereich der politischen Bildung hinaus zu einem interessanten Beitrag zur Diskussion um Begründung und Gestalt von Bildung in Kirche und Gesellschaft. Die folgenden einleitenden Bemerkungen sollen die Rahmenbedingungen und die zentralen Aussagen der Konvention verdeutlichen.

## 1. ZUM STELLENWERT POLITISCHER BILDUNG IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT

In ihrem Gemeinsamen Wort »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« haben sich die beiden großen Kirchen in Deutschland dazu bekannt, daß »der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität [...] für die Kirche konstitutiv und eine Verpflichtung [ist], die ihr aus ihrem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und aus ihrer Sendung, Zeichen und Werkzeug der Einheit und des Friedens in der Welt zu sein, erwächst«<sup>1</sup>. Die katholische Kirche steht mit dieser Aussage in der Tradition des Zweiten Vatikanischen Konzils, das in der Pastoralkonstitution »Gaudium et spes« deutlich gemacht hat, daß die Mitwirkung an der Gestaltung dieser Welt zum genuinen Auftrag der Kirche gehört<sup>2</sup>. Im sechsten Kapitel des Gemeinsamen Wortes, in dem die Kirchen ihre eigenen Aufgaben im Sinne einer Selbstverpflichtung beschreiben, erklären sie, daß Erziehung und Bildung »zu den in der Wirkung bedeutsamsten kirchlichen Handlungsmöglichkeiten« gehörten, um »Menschen zu einem wertbezogenen Handeln im persönlichen, sozialen und politischen Bereich zu befähigen«<sup>3</sup>. Dies ist ein klares Bekenntnis der Kirchen zur Bedeutung der politischen Bildung für ihr Mitwirken an der Gestaltung unserer Gesellschaft.

Das positive Bekenntnis der beiden Kirchen zur Bedeutung politischer Bildung reiht sich in die Wertschätzungsbekundungen ein, die im öffentlichen Raum für die politische Bildung geäußert werden. In Grundsatzreden weisen Politikerinnen und Politiker gerne auf die hohe Bedeutung von politischer Bildung für die Erhaltung der Demokratie und für die Stärkung des Konsenses in unserer Gesellschaft hin<sup>4</sup>. Aber auch in verbindlicheren Regierungsaussagen findet sich das Bekenntnis zur politischen Bildung. Die gegenwärtige Bundesregierung hat in ihre Koalitionsvereinbarung ausdrücklich den Willen erklärt, die politische Jugend- und Erwachsenenbildung zu stärken und dabei die »Vielfalt der Träger« zu sichern<sup>5</sup>. Ihre Vorgängerin hatte noch im Frühjahr 1998 in ihrer Antwort auf die Große Anfrage von Abgeordneten der Fraktion der SPD erklärt, die politische Bildung werde auch in Zukunft »jede nötige Unterstützung durch die Bundesregierung erfahren«. Dabei hatte sie die »grundlegende Bedeutung« der »Autonomie und Pluralität von Trägern und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit«<sup>6</sup> besonders hervorgehoben. Die Kultusministerkonferenz der Länder erklärte in einem gemeinsamen Beschluß vom 18. September 1998, es bestehe »eine öffentliche Verantwortung für die Schaffung eines positiven Klimas für politische Weiterbildung und für die Sicherung der Trägerpluralität«. Die ideelle,

<sup>1</sup> Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (Gemeinsame Texte 9), Hannover/Bonn 1997, Ziff. 101.

<sup>2</sup> Vgl. »Gaudium et spes«, Ziff. 31–32, 40–45, in: Texte zur katholischen Soziallehre, *hrsg. v. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands*, KAB, 8. Aufl., Bd. 1, Bornheim/Kevelaer 1992, 291–395.

<sup>3</sup> Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, (Anm. 1) Ziff. 255. Vgl. ebd., Ziff. 113, 208, 248.

<sup>4</sup> Vgl. z.B. die Rede von Bundespräsident *Roman Herzog* anlässlich des Festaktes 40 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung am 1. Juli 1998 in Königswinter.

<sup>5</sup> Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die GRÜNEN, Bonn, 20. Oktober 1998, Abschn. V. 2.

<sup>6</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Doris Odenhahl, Wolf-Michael Catenhusen, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD (Bundestagsdrucksache 13/10810), Bonn 1998, 3f.

fachliche und materielle Förderung der politischen Weiterbildung müsse deshalb »nachhaltig gesichert werden«<sup>7</sup>.

Die einhellige Zustimmung, auf die das System außerschulischer politischer Bildung bei Verantwortungsträgern in Kirche und Politik stößt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß deren plurale Trägerstruktur und deren fachliches Profil unter Druck gerät. Die Notwendigkeit, im Zuge der Individualisierung und Pluralisierung das Bildungsangebot weiter zu differenzieren und trotzdem genügend Teilnehmende zu gewinnen, der steigende Werbeaufwand und die Einbeziehung der Multimediatechnologie in die politische Bildung fordern die Träger heraus. Finanzknappheit, das Wegbrechen traditioneller Teilnehmerkreise und die Hoffnung, sich durch die Anpassung an angebliche Bedürfnisse des Bildungsmarktes neues Publikum zu erschließen, können zu Profilierungsverlusten in der Wertorientierung und zur Aufweichung der Fachlichkeit führen. Rufe nach einer verstärkten Outputorientierung und nach neuen Steuerungsmodellen von Seiten der Zuwendungsgeber bis hin zu inhaltlichen und formalen Vorgaben gefährden die Autonomie der freien Träger in der Gestaltung ihrer Arbeit. Und im kirchlichen Bereich droht im Zuge einer durch Einsparmaßnahmen erzwungenen Konzentration auf die sogenannten »eigentlichen« Kernaufgaben die politische Bildung vernachlässigt zu werden.

Vor diesem Hintergrund umreißt die AKSB in ihrer Konvention ein klares Profil katholisch-sozial orientierter politischer Bildung. Sie legt darin ihre Wertorientierung, ihr Selbstverständnis von politischer Bildung, deren fachliche Verortung und deren institutionelle Ausgestaltung dar. Durch die Profilierung ihrer Arbeit trägt die AKSB dazu bei, den Sinn pluraler Trägerstrukturen deutlich zu machen. Durch die Offenlegung gemeinsamer fachlicher, personeller und struktureller Standards leistet sie gleichzeitig einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität außerschulischer politischer Bildung in freier Trägerschaft.

## 2. ZUR BEGRÜNDUNG

### KATHOLISCH-SOZIAL ORIENTIERTER POLITISCHER BILDUNG

Die Notwendigkeit außerschulischer politischer Bildung und deren Förderung wird gerne mit dem Hinweis gerechtfertigt, sie sei »ein konstitutives Element unserer demokratischen politischen Kultur«<sup>8</sup>. Die demokratische Kultur könne sich nur auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Dialogs weiterentwickeln, der bei den Beteiligten spezifische Fähigkeiten und Kenntnisse voraussetze, die durch politische Bildung vermittelt würden. Die Aufgaben politischer Bildung werden dann gewöhnlich auf der Grundlage von vorgefundenen gesellschaftlichen Veränderungen umrissen<sup>9</sup>.

Die AKSB teilt die Auffassung von der Bedeutung politischer Bildung für die demokratische Kultur und sieht in den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderung Herausforderungen, denen sich die politische Bildung stellen muß. Die Legitimation, die sie für eine katholisch-sozial orientierte politische Bildung in der Konvention gibt,

<sup>7</sup> Überlegungen zur politischen Weiterbildung. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 18. 09. 1998, 4f.

<sup>8</sup> Außerschulische politische Bildung ist ein konstitutives Element demokratischer politischer Kultur. Erklärung des Arbeitsausschusses für Politische Bildung vom 12. November 1997, in: Praxis Politische Bildung 2 (1998) 152.

<sup>9</sup> Vgl. beispielhaft Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage (Anm. 6); Umbrüche in der Industriegesellschaft. Herausforderungen für die politische Bildung, *hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung* (Studien zur Geschichte und Politik 284), Bonn 1990; Politische Bildung in der Bundesrepublik. Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, Opladen 1996, 147–253.

geht jedoch über diese aktuellen politik- und sozialwissenschaftlichen Begründungszusammenhänge hinaus, die einem gewissen Wandel unterliegen. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung begründet sich letztlich aus einem Bildungsverständnis, das auf der Anthropologie der christlichen Sozialethik ruht. Bildung soll die Entfaltung des Menschen als Person fördern und ihn dabei unterstützen, sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu führen<sup>10</sup>. Aus der Verwiesenheit des Menschen auf die Gesellschaft und aus der Tatsache, daß das Politische einen integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens darstellt, ergibt sich die besondere Bedeutung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung in einem System der Weiterbildung in katholischer Trägerschaft.

Die Zielsetzung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung deckt sich mit dem Prinzip der Mündigkeit, das als das »einzig mögliche«<sup>11</sup> Prinzip für eine demokratische politische Bildung allgemein anerkannt wird. Und sie läßt sich problemlos mit einem modernen pädagogischen Verständnis von Bildung vereinbaren, das diese als »selbsttätig erarbeiteten und personal verantworteten Zusammenhang dreier Grundfähigkeiten« versteht: der »Fähigkeit zur Selbstbestimmung«, der »Mitbestimmungsfähigkeit« und der »Solidaritätsfähigkeit«<sup>12</sup>. Das Prinzip der Mündigkeit hat in der politischen Bildung seinen wesentlichen Ausdruck in den drei Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses von 1976 gefunden: dem Überwältigungsverbot, dem Gebot kontroverse Gegenstände kontrovers darzustellen und dem Gebot Teilnehmende zur Analyse der eigenen Interessenlage und zur Beeinflussung dieser Lage zu befähigen<sup>13</sup>. Die Grundsätze des Beutelsbacher Konsenses widersprechen der klaren Wertorientierung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung keineswegs. Aber sie verlangen von ihr, daß sie diese Wertorientierung offenlegt, und daß sie bei der Behandlung von gesellschaftlich kontroversen Themen auch Standpunkte anderer Wertorientierungen zu Wort kommen läßt.

### 3. KERNAUSSAGEN DER KONVENTION

Katholisch-sozial orientierte politische Bildung orientiert sich an den Werten der christlichen Sozialethik. Neben der anthropologischen Grundlage der Sozialethik spielt dabei die Gerechtigkeit als zentrale Perspektive für die Beurteilung von Gesellschaft, Wirtschaft

<sup>10</sup> Dieses Bildungsverständnis steht in der Tradition eines von der Aufklärung geprägten und mit einem deutlichen emanzipatorischen Akzent versehenen Bildungsbegriffs. Vgl. dazu *Franz-Josef Wehnes*, Theorien der Bildung – Bildung als historisches und aktuelles Problem, in: *Leo Roth* (Hrsg.), Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis, München 1991, 256–270; *E. Lichtenstein*, Art. Bildung, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. v. *Joachim Ritter*, Bd. 1, Darmstadt 1971, 921–937.

<sup>11</sup> *Wolfgang Sander*, Theorie der politischen Bildung: Geschichte – didaktische Konzeption – aktuelle Tendenzen und Probleme, in: *ders.* (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 1997, 5–45, hier 9. Zum Selbstverständnis politischer Bildung vgl. Politische Bildung in der Bundesrepublik (Anm. 9), 97–146; Umbrüche in der Industriegesellschaft, 297–467 (Anm. 9); *Walter Gagel*, Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989, Opladen, 2. Aufl. 1995.

<sup>12</sup> *Wolfgang Klafki*, Allgemeinbildung für eine humane, fundamental-demokratisch gestaltete Gesellschaft, in: Umbrüche in der Industriegesellschaft, 297–310, hier 300 (Anm. 9).

<sup>13</sup> Vgl. *Sander*, Theorie, 9f. (Anm. 11); *Siegfried Schiele/Herbert Schneider* (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens?, Schwalbach/Ts. 1996; *Gotthard Breit/Peter Massing* (Hrsg.), Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung. Ein Studienbuch, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung (Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik 305), Bonn 1992, 119–147.

und Staat eine wichtige Rolle (Ziff. 6)<sup>14</sup>. In der Konvention wird dabei sorgfältig zwischen den unterschiedlichen Gerechtigkeitsforderungen unterschieden, die in konkreten Situationen immer wieder in eine Balance gebracht werden müssen. Grundlegend ist die Erkenntnis, daß sich Gerechtigkeit aus der grundsätzlich gleichen Personwürde aller Menschen herleitet. Sie läßt sich nicht auf die gerechte Verteilung von materiellen und immateriellen Gütern reduzieren, und sie stellt Anforderungen sowohl an das Handeln einzelner Menschen als auch an die Strukturen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Die Prinzipien der christlichen Sozialethik – Personalität, Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität – dienen der Verwirklichung von Gerechtigkeit in diesem Sinn (Ziff. 8–12). In der Konvention werden Visionen einer gerechteren Welt entwickelt, zu deren Verwirklichung katholisch-sozial orientierte politische Bildung beitragen will (Ziff. 19).

In der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung steht die Verantwortung des Menschen für das Politische im Mittelpunkt. Mit dieser klaren fachlichen Positionsbestimmung setzt sie sich von Tendenzen der 80er Jahre zu einem »subjektivitäts- und alltagsbezogenen Verständnis« von politischer Bildung ab, »in dem, vermittelt über den Begriff der »Ganzheitlichkeit«, nahezu jedes subjektorientierte, soziale und kulturelle Lernen schon als »politisch« verstanden werden konnte – und zwar auch dann, wenn im Lernprozeß explizite Bezüge zu gesamtgesellschaftlichen Strukturen und Entscheidungen gar nicht mehr hergestellt werden«<sup>15</sup>. Der Begriff des Politischen, der der Konvention zugrundeliegt, ist in Anlehnung an *Bernhard Sutors* Konzept der »Politik als Praxis«<sup>16</sup> umschrieben. Er schränkt den Gegenstand der politischen Bildung nicht auf das Handeln von staatlichen oder supranationalen Organen ein, sondern umfaßt jedes Handeln von Einzelnen und Gruppen, das sich auf gesellschaftlich bedeutsame Probleme und deren verbindliche Regelung bezieht. Politik in diesem Sinne kann auch in anderen Bildungsbereichen wie z. B. der kulturellen, der beruflichen oder der Persönlichkeitsbildung thematisiert werden. In der politischen Bildung steht sie jedoch im Zentrum.

Ein letzter Punkt ist für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung von zentraler Bedeutung: Der pädagogische Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung wird wesentlich durch das personale Angebot geprägt<sup>17</sup>. Die anthropologischen Aussagen der christlichen Sozialethik über die Würde des Menschen als Person finden hier ihren Niederschlag. Fachlich bedeutet dies, daß Lerninhalte und Lebenspraxis in der politischen Bildung miteinander verbunden werden. Werthaltungen werden von Pädagoginnen und Pädagogen authentisch vertreten, und die Teilnehmenden werden als Person angenommen, in ihrer Wertorientierung herausgefordert und in ihrem Lebensvollzug respektiert.

<sup>14</sup> Zum Gerechtigkeitsbegriff in der christlichen Sozialethik vgl. *Joseph Höffner*, Christliche Gesellschaftslehre, hrsg., bearb. u. erg. von *Lothar Roos*, Kevelaer 1997, 80–86; *Oswald von Nell-Breuning*, Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge katholischer Soziallehre, München, 2. Aufl. 1985, S. 357–365; *Franz Furger*, Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzungen, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, 129–134; *Arno Anzenbacher*, Christliche Sozialethik. Einführung und Prinzipien, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998, 221–224; *Bernhard Sutor*, Kleine politische Ethik, Opladen 1997, 65–78.

<sup>15</sup> *Sander*, Theorie, 33 (Anm. 11).

<sup>16</sup> Vgl. *Sutor*, Politische Bildung als Praxis. Grundzüge eines didaktischen Konzepts, Schwalbach/Ts. 1992, 8–11; *ders.*, Ethik, 26f. (Anm. 14). Dieser Politikbegriff wird auch von anderen Politikdidaktikern vertreten. Vgl. *Hermann Giesecke*, Kleine Didaktik des politischen Unterrichts, Schwalbach/Ts. 1997, 9; *Sander* (Hrsg.), Handbuch, 287–428 (Anm. 11); *Peter Massing/Georg Weißeno* (Hrsg.), Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts, Opladen 1995.

<sup>17</sup> Zum Ursprung dieses Konzeptes in der katholischen Jugendarbeit vgl. Ziele und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg/Basel/Wien 1976, 298–302.

## II. AUSZÜGE AUS DER »KONVENTION ÜBER KATHOLISCH-SOZIAL ORIENTIERTE POLITISCHE JUGEND- UND ERWACHSENENBILDUNG IN DER AKSB«<sup>18</sup>

\*(3) [...] Katholisch-sozial orientierte politische Bildung hat ihre feste Begründung in dem durch den christlichen Glauben geprägten Verständnis des Menschen als Person. [...] Er ist angelegt als eine durch Vernunft, Gewissen und freien Willen geleitete Person, die sich ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und die Schöpfung bewußt sein und diese wahrnehmen soll. [...] Jeder Mensch soll sein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung führen können. Das schließt die verantwortliche Teilnahme am Politischen als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens ein. [...]

\*(6) [...] Da allen Menschen die grundsätzlich gleiche Personwürde zukommt, müssen Gesellschaft, Wirtschaft und Staat so gestaltet werden, daß diese Gleichheit in der Personwürde durch eine gerechte Ordnung gewährleistet wird, die sich in den Lebensbedingungen aller Menschen widerspiegelt. [...]

(7) Als Christen sind wir aufgefordert, uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für die Verwirklichung dieser Gerechtigkeit einzusetzen. Dies ist eine Aufgabe der gesamten Kirche. [...] Mit unserer katholisch-sozial orientierten politischen Bildung leisten wir einen wichtigen Beitrag zu dieser Aufgabe. [...]

\*(15) In der politischen Bildung steht die Verantwortung des Menschen für das Politische im Mittelpunkt. Über die Politik kann der Mensch Einfluß nehmen auf die Gestaltung seiner Umwelt und seiner Lebensbedingungen. Unter Politik verstehen wir jene spezifischen Formen gesellschaftlichen Handelns, in denen Menschen die gemeinsamen Bedingungen ihres Zusammenlebens gestalten und auf je unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft gemeinsame Ordnungen entwickeln, mit deren Hilfe sie jeweils ihre für die Gesamtheit bedeutsamen Probleme lösen und Konflikte regeln können. [...]

\*(18) Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will zum selbständigen Mitgestalten von Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und internationalen Beziehungen befähigen. Sie will dazu beitragen, daß sich Bürgerinnen und Bürger mit Sachkenntnis und auf der Grundlage von selbständigen begründeten Entscheidungen in Verantwortung gegenüber Mitmenschen, Gesellschaft und zukünftigen Generationen an Politik beteiligen. Sie will Menschen anregen, das Politische als Bestandteil ihrer persönlichen Identität zu verstehen. Sie will ihnen grundlegende Werte unserer demokratischen Gesellschaft vermitteln und ihnen ermöglichen, sich Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, um politische Handlungsebenen zu erkennen und sich politisch zu engagieren. [...]

\*(31) Wesentlich für den pädagogischen Ansatz katholisch-sozial orientierter politischer Bildung ist das »personale Angebot«. Es bedeutet für die Fachlichkeit politischer Bildung die Verbindung von Lerninhalten und Lebenspraxis, indem über die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten hinaus durch die Person der Bildnerin oder des Bildners Werthaltungen authentisch vertreten und begründet werden. In gleicher Weise werden die Teilnehmenden als Person angenommen, in ihrer Wertorientierung herausgefordert und in ihrem Lebensvollzug respektiert. [...]

\*(39) Mit unseren Bemühungen für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung nehmen wir eine Verantwortung wahr, die zur Wesensaufgabe der Kirche in dieser Gesell-

---

<sup>18</sup> Der vollständige Text der Konvention kann bei der AKSB-Geschäftsstelle angefordert werden: AKSB, Heilsbachstr. 6, 53123 Bonn, Tel. (02 28) 64 50 58, E-Mail: info@aksb.de.

schaft gehört. [...] Mit unserem wertorientierten Beitrag zur politischen Bildung in Deutschland wollen wir erreichen, daß die christlich geprägten Grundlagen, die Achtung der Menschenwürde jedes und jeder einzelnen als Person und die damit verbundene Forderung nach Gerechtigkeit, in unserer Gesellschaft weitergegeben und vertieft werden«.

Lukas Rölli, Dr. des., Historiker, ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) in Bonn.